

Parteien zur Wahl

„Angenommen, Ihre Partei stellt nach der Wahl die Regierung oder ist an der Regierung beteiligt ...“ Unter diesem Motto haben CDU, SPD, FDP, Bündnis 90/ Die Grünen und Die Linke dreizehn Fragen beantwortet.

Gefragt haben die *Nachrichten aus der Chemie*, das *Physik Journal* und der Verband Biologie, Biowissenschaften und Biomedizin in Deutschland.



Innovationen werden eine besondere Rolle bei der Bewältigung der jetzigen Krise spielen. Welche Prioritäten setzen Sie in diesem Zusammenhang in der Forschungsförderung?

Als exportorientiertes Land ist Deutschland darauf angewiesen, dass Unternehmen neue und qualitativ hochwertige Produkte auf dem Weltmarkt anbieten und damit konkurrenzfähig sind. In einer strategischen Forschungsförderung liegt für die SPD die entscheidende Grundlage für mehr Innovationen. Wir wollen die Stärke Deutschlands bei hochwertigen Technologien ausbauen und im Bereich der Spitzentechnologien wieder zur Weltspitze aufschließen. Mit den von der SPD initiierten Wissenschaftsprogrammen Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung werden wir in den Jahren bis 2018 sicherstellen, dass exzellente Forschung an den Hochschulen sowie in außeruniversitären Forschungseinrichtungen gelingt. Entscheidend ist dabei, dass sowohl Grundlagenforschung- als auch anwendungsorientierte Forschung gleichermaßen gefördert werden. Wir brauchen vor allem mehr Vernetzung zwischen Hochschulen und Forschungseinrichtungen, um Synergien besser zu nutzen. So wollen wir sicherstellen, dass innovative Ideen in Produkte umgesetzt und in Deutschland produziert werden.

Welche neuen Förderprogramme planen Sie dazu und welche bestehenden stellen Sie auf den Prüfstand?

Durch die Verlängerung der Exzellenzinitiative, des Hochschulpakts sowie des Pakts für Forschung und Innovation investieren wir in den kommenden Jahren zusätzlich 18 Milliarden Euro in die Forschung. Die Zwischenevaluation der ersten Runde der Exzellenzinitiative hat gezeigt, dass hervorragende Forschungsleistungen dort entstehen, wo Hochschulen, Forschungseinrichtungen und die Wirtschaft im Verbund zusammenarbeiten. Die Förderung von Exzellenzclustern ist dabei ein wichtiger Schritt. Um die Bildung von Spitzenclustern und Forschungsnetzwerken zu erleichtern, wollen wir die Integration von Hochschulen und Forschungseinrichtungen vereinfachen und Wissenschaftsstrukturen flexibilisieren. In Zeiten des Klimawandels müssen wir insbesondere Antworten für die Zukunft der Energieversorgung entwickeln. Deshalb werden wir neue Energieforschungsprogramme mit den Schwerpunkten Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Speichertechnologien auflegen.

Wie und wann erreichen Sie eine Forschungsförderung in Höhe von 3 Prozent des Bruttoinlandsproduktes?

Das 3 %-Ziel könnte schneller erreicht sein als wir gedacht haben. Aufgrund der durch die Wirtschaftskrise verursachten Rezession könnte die Ziel-Marke bereits 2009 in greifbare Nähe rücken, da wir trotz sinkender Steuereinnahmen und des sinkenden Bruttoinlandsprodukts die staatlichen Zuwendungen an die Forschungsorganisationen um 3 % gesteigert haben. Hinzu kommen zusätzliche Investitionen aus dem Konjunktur-Paket II für die Hochschulen und die Aufstockung der Mittel für das Zentrale Innovationsprogramm Mittelstand (ZIM) um 900 Millionen Euro. Gerade in der Krise sind Investitionen in Forschung und Entwicklung eine notwendige Maßnahme, um wieder nachhaltiges Wirtschaftswachstum zu generieren. Entscheidend wird sein, ob die privaten Investitionen der Unternehmen in Forschung und Entwicklung stabil bleiben bzw. ebenfalls trotz der Krise steigen. Nur wenn die öffentlichen und privaten Anstrengungen kontinuierlich steigen, kann das 3 %-Ziel dauerhaft erfüllt werden.

Wie wird Ihre steuerliche Förderung der Industrieforschung aussehen?

Antwort: Schwerpunkt industrieller Forschungsförderung ist in Deutschland die Projektförderung sowie die Förderung von Schlüsseltechnologien. Diese erfolgreiche Förderung wollen wir fortsetzen. Darüber hinaus setzt sich die SPD dafür ein, die Rahmenbedingungen für Forschung und Entwicklung in Unternehmen zu verbessern. Gerade kleine und mittlere Unternehmen (KMU) haben häufig Schwierigkeiten beim Zugang zu Förderprogrammen. Deshalb wollen wir die projektorientierte Forschungsförderung durch eine steuerliche Förderung in Form einer Steuergutschrift für KMU ergänzen. So schaffen wir Anreize für eine Steigerung der Forschungsaktivität in Unternehmen und stimulieren die Ausweitung privater FuE-Ausgaben.

Welche Klimaschutzziele verfolgen Sie und mit welchen Maßnahmen werden Sie diese erreichen?

Die SPD übernimmt heute bereits Verantwortung für zukünftige Generationen: Wir werden den internationalen Vorgaben des IPCC entsprechend die CO₂ Emissionen in Industriestaaten bis 2050 gegenüber 1990 um 80 – 95 % reduzieren. Dies ist nur erreichbar, wenn wir jetzt in die Modernisierung unserer Kohle- und Gaskraftwerke investieren, um weniger CO₂ zu emittieren wir die Emissionsbudgets im Rahmen der EU und der internationalen Vereinbarungen weiter absenken. Der Anteil der erneuerbarer Energien wird an der Energieversorgung über das Jahr 2030 hinaus weiter ansteigen und der jetzt bereits geltende Vorrang der Einspeisung ins Netz erhalten bleibt.

Was sind Ihre Prioritäten und Ziele in der Energieforschung?

Im Rahmen des 6. Energieforschungsprogramms werden wir die Schwerpunkte auf Energieeffizienz, Erneuerbare Energien und Speichertechnologien legen. Besonders Erneuerbare Energien sind einer der wichtigsten Leitmärkte. Technologischer Vorsprung und Anwendung im eigenen Land sind zwei Seiten der gleichen Medaille. Wir werden einen Nationalen Aktionsplan Erneuerbare Energien vorlegen, der zur Beschleunigung des Ausbaus Erneuerbarer Energien in der Stromversorgung, im Wärmebereich und im Transportsektor beitragen wird. Den Vorrang Erneuerbarer Energien in diesen Bereichen wollen wir stärken. Wir werden die Technologieführerschaft bei der Nutzung der Windenergie auch auf dem Meer nutzen. Hierfür streben wir bis 2013 eine installierte Leistung von rd. 1.500-2.000 Megawatt an. Bei der Photovoltaik wollen wir bis Ende 2013 annähernd die Netzparität erreichen: Strom aus einer neuen Anlage in Deutschland wird dann nur noch so viel Geld kosten wie Strom aus der Steckdose. Bis 2010 werden lückenlose und umfassende Zertifizierungssysteme geschaffen, die den nachhaltigen Anbau von Pflanzen zur Erzeugung von Bioenergie sicherstellen.

Welche Rolle kann die Kernenergie spielen?

Welche Biotechniken werden Sie stoppen, dulden, fördern?

Langfristig gar keine, denn für die SPD bleibt es beim vereinbarten Atomausstieg! Bei einer etwaigen Laufzeitverlängerung der Atomkraft müssten die jetzigen Planungen zum Neubau fossiler Kraftwerke völlig revidiert werden, um das Ziel von 30% Anteil am Stromverbrauch durch Erneuerbare Energien für das Jahr 2020 nicht zu gefährden. Auch das Ausbaziel im Bereich der Kraft-Wärme-Kopplung (KWK) von 25% Stromanteil bis 2020 wäre nicht erreichbar. Der erforderliche Strukturwandel der Stromversorgung in Richtung deutlich gesteigerter Stromeffizienz, deutlich höherem KWK-Anteil und hoher Ausbaudynamik der EE wäre grundsätzlich in Frage gestellt. Das Energiesystem wäre somit kaum in der Lage, das bis 2050 zu erfüllende Klimaschutzziel einer CO₂-Minderung um 80% zu erreichen.

Dass der stetige Ausbau von Erneuerbaren Energien im Widerspruch zu einem Festhalten an der Atomenergie steht, haben nicht zuletzt aktuelle Stellungnahmen der Stromkonzerne EON und EdF bestätigt, die bei einer Anhörung in Großbritannien damit drohten, den Neubau der angekündigten Atomkraftwerke aufzugeben, wenn die Regierung mit dem geplanten Ausbau Erneuerbarer Energien Ernst mache, da sich dann die Atomkraftwerke nicht mehr wirtschaftlich betreiben ließen.

Und eins steht fest: Ohne eine Regierungsbeteiligung der SPD wird der Atomausstieg aufgehoben!

Welche Rolle soll der Bund künftig für die Hochschulen spielen?

Die SPD konnte sich bei den Verhandlungen um die Föderalismusreform I gegen die Union durchsetzen und hat verhindert, dass im Hochschulbereich ein reiner Wettbewerbsföderalismus eingeführt wurde. Zwar hat der Bund keine Gesetzgebungskompetenzen für die Bereiche Schule, Kita und auch Hochschule. Doch konnte das so genannte Kooperationsverbot, das Finanzhilfen des Bundes im Schul- und Hochschulbereich untersagen sollte, entscheidend abgeschwächt werden. Nun sind zumindest im Hochschulbereich, genauer in der Wissenschaft insgesamt, weiterhin gemeinsame Programme von Bund und Ländern möglich. Mit dem Begriff der „Wissenschaft“ sind künftig sogar erstmals Bundeshilfen für die Lehre an Hochschulen zulässig. Ohne diese von der SPD durchgesetzte Kooperationsklausel im Grundgesetz für die Hochschulen gäbe es heute keinen Hochschulpakt 2020 und kein Professorinnenprogramm. Für die SPD ist die Kooperation im Hochschulbereich unbedingt notwendig, damit die großen Herausforderungen, mit denen die Hochschulen sich in den nächsten Jahren konfrontiert sehen, gemeistert werden können.

Der Bund hat Kompetenzen im Bereich der Zulassungen und der Abschlüsse. Wir werden diese Kompetenzen so nutzen, dass vor allem die Studierenden davon profitieren. Deshalb werden das Chaos bei der Hochschulzulassung beenden und sie bundeseinheitlich regeln.

Wir wollen die Möglichkeiten der Zusammenarbeit im Bildungsbereich ausweiten: Denn der notwendige Qualitätssprung wird nur gelingen, wenn Bund, Länder und Kommunen gemeinsam handeln. Wir wollen im Grundgesetz die Voraussetzungen dafür schaffen, dass eine solche Kooperation möglich ist.

Welche Möglichkeiten haben Sie, die deutschen Hochschulen für Wissenschaftler und Wissenschaftlerinnen attraktiver zu machen?

Wir wollen die Rahmenbedingungen für das deutsche Wissenschaftspersonal als auch für Forscherinnen und Forschern aus anderen Ländern attraktiver zu gestalten. Dazu haben die Exzellenzinitiative und die Einführung der Programmpauschale einen wichtigen Beitrag geleistet. Die bewilligten Forschungsmittel sind flexibler einsetzbar und leisten somit einen wichtigen Beitrag für eine Ausweitung des Gestaltungsspielraums der Hochschulen. Etliche Wissenschaftler sind deshalb schon aus dem Ausland wieder nach Deutschland zurückgekehrt entgegen dem viel beschworenen „brain drain“.

Zum anderen wollen wir die rechtlichen Voraussetzungen dafür schaffen, dass ausländische Hochschulabsolventen und Nachwuchs-wissenschaftler nach dem Aufenthaltsrecht einen gesicherten Status bekommen, um hier zu arbeiten. Es sind aber noch immer zu wenige Frauen in Führungspositionen von Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Dieses Potential liegt brach.

Wir wollen deshalb Wissenschaftsbetrieb familienfreundlicher gestalten und so den Frauenanteil des wissenschaftlichen Personals bis 2020 auf 40 % erhöhen. Dafür planen wir ein Professorinnen-Programm sowie ein Investitionsprogramm für Kindertagesstätten und Krippen an den Hochschulen.

Mit welchen Maßnahmen wird der Bund die Studienbedingungen verbessern?

Wir wollen einen offenen Zugang zu den Hochschulen. Die SPD steht deshalb für ein gebührenfreies Studium bis einschließlich zum Master. Dort, wo die Union Studiengebühren eingeführt hat, werden wir sie – wie in Hessen bereits geschehen – wieder abschaffen. Die SPD will die Hochschulen für neue Personengruppen öffnen. Mehr Fachkräfte ohne Abitur sollen die Möglichkeit zum Studium haben. Die SPD wird das Chaos in der Hochschulzulassung, das ein großes Problem für angehende Studierende darstellt, beenden. Wir werden die Hochschulzulassung bundeseinheitlich regeln. Alle Hochschulen müssen sich an einem zentralen Serviceverfahren beteiligen, damit die Kapazitäten optimal ausgenutzt werden können und Studierende nach ihren Neigungen studieren können.

Derzeit brechen zu viele Jugendliche ihr Studium frühzeitig ab. Nach der Studienstrukturreform gibt es einen erhöhten Beratungsbedarf bei den Studierenden.

Wir wollen, dass es bessere Studienberatung gibt und die Hochschulen ausreichend ausgestattet sind, um den Studierenden dabei zu helfen, ihre Studienziele zu erreichen. Neben dem quantitativen Ausbau der Studienplätze, den wir durch den gerade beschlossenen Hochschulpakt 2020 vorantreiben werden, legen wir einen Schwerpunkt auf die Verbesserung der Lehre.

Es war auf Dringen der SPD, dass die Studienplätze durch den Hochschulpakt II finanziell besser ausgestattet sind – das wird der Qualität der Studienplätze zugute kommen.

Studierende brauchen einen gesicherten Lebensunterhalt.

Die SPD tritt ein für ein starkes BAföG. Wir werden es regelmäßig an die Lebenshaltungskosten anpassen. Für die SPD ist das BAföG das zentrale Instrument, Chancengleichheit in der Bildung herzustellen. Wir werden die Altersgrenze beim BAföG nach oben setzen, so dass auch Studierende in späteren Lebensphasen der Erwerbsbiografie davon profitieren können. Wir werden es flexibler gestalten, so dass auch Teilzeitstudiengänge und weiterbildende Master-Studiengänge gefördert werden können.

Wie können Sie die Internationalisierung von Forschung und Lehre fördern?

Wir wollen die Internationalisierung von Lehre und Forschung weiterentwickeln, damit mehr Spitzenkräfte aus dem Ausland zu uns kommen und Forscherinnen und Forscher in unserem Land bleiben. Das Einwanderungsrecht und Verdienstmöglichkeiten sind dafür wesentliche Faktoren. Wir müssen sie so gestalten, dass die besten Köpfe zu uns kommen und bei uns ihre Arbeit leisten. Darüber hinaus wollen wir junge Wissenschaftler und auch Studierende darin fördern, einen Teil ihrer wissenschaftlichen Karriere im Ausland zu verbringen, um wichtige Erfahrungen zu sammeln. In diesem Zusammenhang wollen wir bestehende Stipendien- und Austauschprogramme ausbauen. Studiengänge und Abschlüsse müssen international vergleichbar sein, sonst wird Mobilität erschwert. Deshalb setzen wir auf eine konsequente und umsichtige Umstellung der Studiengänge auf Bachelor- und Master-Abschlüsse.

Welche Anreize planen Sie für private Stiftungen?

Stiftungen leisten einen wichtigen Beitrag in unserer Gesellschaft. Auf Initiative von Bundesfinanzminister Peer Steinbrück haben wir mit dem „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ das Stiftungsrecht in Deutschland reformiert. Dieses kurz „Hilfen für Helfer“ genannte Gesetz umfasst steuerliche Erleichterungen von fast einer halben Milliarde Euro jährlich. Auf dieses Geld verzichtet der Staat, damit es bestmöglich von den Menschen selbst investiert werden kann. Wir haben den Höchstbetrag für die Ausstattung von Stiftungen mit Kapital von 300.000 Euro auf eine Million Euro mehr als verdreifacht. Zudem können Stifter jetzt bis zu 20 % ihrer Einkünfte bis zu einer Grenze von einer Million Euro steuerfrei in eine Stiftung einbringen. Damit haben wir Anreize geschaffen, die innerhalb kurzer Zeit zu einer deutlichen Erhöhung der Neugründungen von Stiftungen geführt haben.